

Geschäftsstelle

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
K-Drs. 252a

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Entwurf des Berichtsteils zu Teil B – Kapitel 7.1 NEU (Repräsentative Demokratie und Bürgerbeteiligung)

Tischvorlage des Kommissionsvorsitzenden Michael Müller
und der Kommissionsmitglieder Dr. Matthias Miersch und Jörg Sommer
für die 32. Sitzung der Kommission am 20. Juni 2016

ZWEITE LESUNG
BEARBEITUNGSSTAND: 20.06.2016

Der nachstehende Text soll als neues Kapitel 7.1 in den
Gesamtberichtsentswurf einfließen; die bisherigen Kapitel 7.1 bis 7.8
werden zu 7.2 bis 7.9

1 **7. STANDORTAUSWAHL IM DIALOG MIT DEN REGIONEN**

2

3 **7.1 Repräsentative Demokratie und Bürgerbeteiligung**

4

5 Das Standortauswahlgesetz sieht vor, dass eine erfolgreiche Standortsuche für die Lagerung
6 radioaktiver Abfälle neue und erweiterte Formen der Bürgerbeteiligung braucht. Mehrere bau-
7 liche Großprojekte der vergangenen Jahre haben gezeigt, dass sich die Vertreter der unter-
8 schiedlichen gesellschaftspolitischen Interessen heute schneller von den Handlungen der ge-
9 wählten Institutionen emanzipieren und ihre eigenen Kräfte zur Interessensvertretung bündeln
10 und einsetzen.

11

12 Diese mangelnde Akzeptanz insbesondere bei unpopulären Entscheidungen ist kein spezifisch
13 deutsches Phänomen. Wir beobachten einen solchen Akzeptanzverlust legitimer Gremien
14 der repräsentativen Demokratie in vielen europäischen Demokratien. Geprägt ist diese Ent-
15 wicklung von Faktoren wie einer zunehmenden Dominanz von Partikularinteressen, einem
16 schleichenden Akzeptanzverlust gemeinwohlorientierter Strukturen, einer signifikanten Zu-
17 nahme populistischer Parteien und Politiken, einer zunehmend schwindenden Wertschätzung
18 demokratischer Gremien und Mandatsträger bis hin zu einem Ansteigen nicht nur persönlicher
19 Bedrohungen sondern konkreter Übergriffe gegenüber Politikern.

20

21 Mehr Partizipation ist kein Allheilmittel gegen diese Entwicklung. Sie bietet aber die Möglich-
22 keit, komplexe und hoch strittige Politikfelder in einer Weise zu bearbeiten, die gemeinwohl-
23 orientierte, breit akzeptierte Ergebnisse ermöglicht. Und sie kann dazu beitragen, dem unmit-
24 telbaren, streitbaren aber wertschätzenden Diskurs wieder die Bedeutung in unserer Demokra-
25 tie zukommen zu lassen, die diese für eine starke, zukunftsfeste Akzeptanz benötigt.

26

27 Erfolgreiche und tragfähige Politik sollte deshalb die gestiegene Bereitschaft der Bürgerinnen
28 und Bürger, sich schon in der Planungsphase großer Projekte zu engagieren und so frühzeitig
29 unterschiedliche Sichtweisen und Optionen zu integrieren und diskutieren, als Chance begrei-
30 fen und fördern. Das erfordert neue Formen der institutionalisierten Zusammenarbeit zwischen
31 Politik, staatlichen Einrichtungen, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft; kurzum: eine er-
32 weitere Form der demokratischen Teilhabe an politischer Willensbildung und Entscheidung
33 jenseits von Wahlen.

34

1 Die Kommission Lagerung radioaktiver Abfälle unterstützt neue demokratische Teilhabemög-
2 lichkeiten und schlägt darum vor, die Demokratie durch neue Verfahren der Partizipation zu
3 stärken. Repräsentative Demokratie und direkte Bürgerbeteiligung werden dabei nicht als Ge-
4 gensätze gesehen, sondern ergänzen sich gegenseitig. Die politische Verantwortung für die Ent-
5 scheidung bleibt bei der gewählten Delegierten, welche aber neue Formen der Partizipation als
6 Chance für die Vitalisierung der Politik und des Gemeinwesens verstehen.

7

8 Die Kommission ist davon überzeugt, dass die Bereitschaft der Menschen, Verantwortung zu
9 übernehmen, umso ausgeprägter sind, je transparenter und offener die Verfahren waren und je
10 mehr Gelegenheit Bürger zur direkten Beteiligung hatten und dass eine solche Herangehens-
11 weise einen Zugewinn an demokratischer Legitimation verspricht. Partizipativere Verfahren
12 erfordern klare Regeln und Prinzipien, damit sich die unterschiedlichen Akteure auf Augenhöhe
13 begegnen können, beidseitige Kommunikation zwischen Bürgern und Repräsentanten ermög-
14 licht wird und die Eingaben der Bürger Einfluss entwickeln können.

15

16 **Mehr Beteiligung wagen**

17

18 Viele Beispiele der letzten Jahre zeigen, dass es für die Legitimierung von Großprojekten nicht
19 ausreicht, wenn mit Mehrheit gewählte Volksvertreter in den staatlichen Gremien mit Mehrheit
20 Beschlüsse fassen. Wachsende Teile der Bevölkerung wollen beteiligt sein und nicht nur ver-
21 meintlich alternativlosen Sachzwängen zustimmen müssen. Sie wollen von Anfang die Mög-
22 lichkeit haben, einbezogen zu werden und alle wichtige Kosten und Risiken zu kennen. Die
23 Kommission zu Lagerung radioaktiver Abfälle sieht in der Bürgerbeteiligung eine Ergänzung
24 der repräsentativen parlamentarischen Demokratie. Sie ist kein Verfahren, das Großprojekte
25 teurer macht und in die Länge zieht, sondern im Gegenteil die Voraussetzung, verantwortungs-
26 bewusst mit derartigen Herausforderungen umzugehen.

27

28 Die demokratische Öffentlichkeit hat ein Anrecht auf Anhörung, Akteneinsicht, Offenheit und
29 fachliche Unterstützung. Transparenz in den Entscheidungsabläufen und mehr Chancengleich-
30 heit für alle Beteiligten sind Grundvoraussetzungen für eine wirksame Bürgerbeteiligung.
31 Durch sie wird das Vertrauen aufgebaut, dass für eine erfolgreiche Umsetzung von Projekten
32 notwendig ist.

1 Gelingende Bürgerbeteiligung ist dabei mehr als eine nachträgliche Legitimation bereits ge-
2 troffener Entscheidungen, sondern ein offener „Prozess, weil die Ergebnisse nicht vorausbe-
3 rechnet werden können und nicht vorgegeben werden dürfen.“¹

4

5 Die Kommission ist überzeugt, dass nur durch mehr Transparenz und eine frühzeitige und um-
6 fassende Beteiligung der Menschen an den Planungen der Behörden, eine Ergänzung der parla-
7 mentarischen Demokratie durch Formen der direkten Bürgerbeteiligung (auf allen Ebenen) und
8 die Durchsetzung des Primats der Politik die Standortsuche erfolgreich werden und das Ver-
9 trauen in die Demokratie gestärkt wird. Die neuen Formen der Partizipation müssen gesetzlich
10 normiert werden.

11

12 In der entschlossenen Öffnung der Gesellschaft für Alternativen liegt die Chance, verengte
13 Sichtweisen und Interessen zu überwinden und die Phantasie und den Sachverstand der Men-
14 schen für konstruktive Lösungen zu nutzen. Hierbei geht es um eine Erweiterung, nicht um den
15 Ersatz parlamentarischer Rechte und Prinzipien.

¹ Sommer, Jörg (2015): Bürgerbeteiligung – Wer beteiligt wen? S.63. In: Jörg Sommer (Hrsg.) Kursbuch Bürgerbeteiligung. Berlin